

## Große Anfrage

der Abgeordneten Klaus Lennartz, Klaus Kirschner, Wolfgang Weiermann, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Marion Caspers-Merk, Dr. Marliese Dobberthien, Monika Ganseforth, Dr. Liesel Hartenstein, Lothar Ibrügger, Susanne Kastner, Siegrun Klemmer, Dr. Hans-Heinrich Knaape, Walter Kolbow, Dr. Klaus Kübler, Horst Kubatschka, Ulrike Mehl, Michael Müller (Düsseldorf), Jutta Müller (Völklingen), Adolf Ostertag, Dr. Helga Otto, Horst Peter (Kassel), Dietmar Schütz, Antje-Marie Steen, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Axel Wernitz, Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

## Ökologischer Gesundheitsschutz

Im Kapitel „Umwelt und Gesundheit“ des Umweltgutachtens 1987 des Sachverständigenrates für Umweltfragen wurden eine Reihe von Punkten bemängelt, in denen die Bundesrepublik Deutschland den Anforderungen an einen ökologischen Gesundheitsschutz nicht genügt. Das gilt für eine moderne Umweltmedizin, insbesondere für die für epidemiologische Studien erforderlichen Datenerhebungsstrukturen sowohl im Hinblick auf Datenerhaltung als auch deren Auswertbarkeit, die Systematik von Gesundheitsindikatoren und die Zusammenarbeit der verschiedenen für ökologischen Gesundheitsschutz wichtigen Politikbereiche und Berufsfelder.

Die Sachverständigen haben Empfehlungen dazu abgegeben, durch welche Maßnahmen diesen Mängeln abgeholfen werden sollte. Der Rückblick auf die seitdem vergangenen Jahre zeigt, daß kaum eine der Empfehlungen umgesetzt wurde.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der Gesundheitsforschung und insbesondere der umweltmedizinischen Epidemiologie der letzten fünf Jahre im Vergleich zur internationalen Entwicklung?

Ist es gelungen, die im Umweltgutachten festgestellte quantitative und qualitative Schwäche der Umweltepidemiologie zu überwinden?

2. Welchen Stellenwert hatte die Gesundheitsforschung und insbesondere die umweltmedizinische Epidemiologie in der ehemaligen DDR?

Welche Elemente des DDR-Wissenschaftssystems sind erhaltenswert?

Welche Maßnahmen zur Weiterführung der Arbeiten und zur Erhaltung der fachlichen Kompetenz wurden ergriffen?

Welche Maßnahmen wurden zur Sicherung und Weiterführung der in der früheren DDR bestehenden Krebsregister und anderer gesundheitsrelevanter Daten ergriffen?

Welche Regelungen bestehen hinsichtlich des Zugangs zu den Daten für umweltepidemiologische Forschung?

Wie werden die Daten derzeit genutzt und wissenschaftlich bearbeitet?

3. Welche Ausbildungs- bzw. Forschungsstätten für Umweltmedizin wurden in den vergangenen fünf Jahren aus- bzw. aufgebaut?

Welchen systematischen Ansatz hat die Bundesregierung dabei verfolgt?

Welche Kriterien muß ein Institut erfüllen, um als umweltmedizinisches Institut anerkannt zu werden?

4. Welche koordinierten Forschungs- und Datenerhebungsprogramme wurden beschlossen und umgesetzt, um den Rückstand der deutschen Forschung im internationalen Vergleich aufzuholen?

Wie und in welchem Umfang wurden Ergebnisse der internationalen Forschung in die Bundesrepublik Deutschland transferiert?

5. Durch welche Maßnahmen hat die Bundesregierung die Koordination und Abstimmung zwischen mit Bundes- bzw. mit Länderhaushaltsmitteln geförderten umweltepidemiologischen Studien verbessert?

Welche Aufgaben werden dabei dem öffentlichen Gesundheitsdienst, der gesetzlichen Krankenversicherung, den Berufsgenossenschaften, den Hochschulen und den Verbraucherorganisationen zugewiesen?

Wer soll die Aufgabe der regionalen und überregionalen Koordination übernehmen?

6. Wie viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erhalten pro Jahr die Gelegenheit, mit Hilfe von Auslandsstipendien umweltepidemiologische Erfahrungen außerhalb Deutschlands zu sammeln?

Wie haben sich die Zahlen seit 1987 entwickelt?

7. a) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Voraussetzungen für die Erhebung und Bereitstellung im Wirtschaftsbereich, z. B. über Produktionsverfahren, eingesetzte Stoffe und deren Analysemethoden, zu verbessern?

Ist dabei gewährleistet, daß diese Daten nicht nur auf freiwilliger Basis zur Verfügung gestellt werden?

- b) Hat die Bundesregierung die Voraussetzungen für die Erhebung und Bereitstellung von Daten im Wirtschaftsbereich, d. h. unmittelbar bei der Produktion und in den Betrieben, verbessert?

Welche Voraussetzungen wurden geschaffen, um Stoffströme von der Rohstoffgewinnung bis zur Deposition in die Umwelt, über Produkte, Abfälle oder Emissionen in allen relevanten Branchen zu erfassen?

8. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Vereinheitlichung von Produktlinienanalysen und ihrer wesentlichen Kriterien erforderlich ist; wenn ja, welche Schritte hat die Bundesregierung in diesem Bereich eingeleitet?

Wie ist der derzeitige Stand beim Aufbau eines einheitlichen bundesweiten umwelthygienischen Lebensmittel-Monitoring?

Auf welche Bereiche soll das Lebensmittel-Monitoring ausgeweitet werden; welche zeitlichen Vorstellungen hat die Bundesregierung hierzu?

Sind die Probenahmepläne für ein einheitliches Monitoring soweit standardisiert, daß die gesammelten Daten statistisch ausgewertet werden können und aussagekräftig sind?

Welche Ergebnisse liegen aus diesem Monitoring vor über Rückstände und Verunreinigungen in Lebensmitteln und daraus abschätzbaren Belastungen?

Welche Möglichkeiten besitzen die Ämter der Lebensmittelüberwachung, um Quellen von Umweltkontaminationen in Lebensmitteln aufzuspüren?

- a) Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über Produktlinienanalysen, die zwischen ungewollten Kontaminationen und gewollten Kontaminationen bei Herstellung, Fertigungsverfahren, Transport, Lagerung unterscheiden?

- b) Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über Langzeit-Feldstudien, die die Grundbelastung und die alltäglichen Expositionen (Straßenstaub, Laub von Bäumen, Lebensmittel) und auch die Stoffspektren, Lärm und sonstige Stressoren sowohl regional als auch nach Bevölkerungsgruppen ausdifferenziert einbeziehen?

9. Was hat die Bundesregierung unternommen, um den Zugang zu Mortalitäts- und Morbiditätsdaten für die umweltepidemiologische Forschung bei gleichzeitiger Wahrung des Datenschutzes und des informationellen Selbstbestimmungsrechtes zu erleichtern?

Welche Möglichkeiten bestehen unter diesen Gesichtspunkten für eine personenbezogene umweltepidemiologische Forschung?

10. In welchem Ausmaß ist es gelungen, die Modelle zur Expositionsabschätzung gegenüber Schadstoffen weiterzuentwickeln und zu verfeinern?

11. Was hat die Bundesregierung unternommen, um die Emissions- und die Immissionskataster für die wichtigsten Luftschadstoffe besser aufeinander abzustimmen und die zeitliche und räumliche Dichte der Meßwerte zu erhöhen?

Welche weiteren Wirkungskataster wurden über die in Nordrhein-Westfalen bestehenden hinaus errichtet?

Wie werden die in Wirkungskatastern gesammelten Daten für die umweltepidemiologische Forschung genutzt?

Werden auch personenbezogene und kleinräumige Messungen vorgesehen?

12. Welche umweltepidemiologischen Studien wurden in den industriellen Ballungszentren der neuen Länder durchgeführt, um unter den dortigen Bedingungen höherer Schadstoffbelastung Wirkungen auf Gesundheit und Befinden zu erfassen, und um begleitend die gesundheitlichen Auswirkungen der Abnahme dieser Belastung in den nächsten Jahren zu verfolgen?

13. Welche umweltepidemiologischen Untersuchungen wurden für besonders empfindliche Bevölkerungsgruppen (Kinder, Alte, Kranke, Vorgeschädigte) durchgeführt mit dem Ziel, den Gesundheitsschutz stärker an diesen Personengruppen auszurichten?

14. Welche Erkenntnisse wurden aus den Umweltprobenbanken hinsichtlich der Cadmium-Belastung und der Belastung durch andere Schwermetalle der menschlichen Nieren gewonnen?

Welche Folgerungen sind daraus abzuleiten hinsichtlich einer Verminderung der Cadmium-Exposition?

15. Wie hat sich die Belastung der Muttermilch mit persistierenden Organohalogenverbindungen, insbesondere mit PCBs und Dioxinen/Furanen in den letzten fünf Jahren entwickelt und welche Folgerungen ergeben sich daraus für zu empfehlende Stillzeiten?

16. Wie beurteilt die Bundesregierung den Forschungsstand hinsichtlich der Aufnahme von Nitrat/Nitrit der Bevölkerung durch Lebensmittel und Trinkwasser sowie über die endogene Nitrosierung dieser Schadstoffe?

17. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung allergischer Krankheiten?

Welche neueren Erkenntnisse gibt es über direkte oder indirekte Zusammenhänge mit Umweltfaktoren, insbesondere mit der „Chemisierung der Umwelt“?

Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen von Straßenverkehr, Wohnumwelt, audiovisuellen Medien?

18. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Methodik der Risikoabschätzung durch Umweltverträglichkeitsprüfungen zu Gesundheitsverträglichkeitsprüfungen weiterzuentwickeln?

Welche Morbiditäts- bzw. Gesundheitsindikatoren sind dazu notwendig?

19. Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der Zusammenarbeit von Umwelt- und Gesundheitspolitik, insbesondere in den Feldern Trinkwasserqualität/Gewässerschutz, Abfallbeseitigung, Immissionsschutz und Lärmschutz?

Was ist aus der Empfehlung des Sachverständigenrates für Umweltfragen geworden, die Gesundheitsämter zu Fachbehörden des gesundheitlichen Umweltschutzes weiterzuentwickeln, die unter diesem Aspekt mit niedergelassenen und in anderen Gesundheitseinrichtungen tätigen Ärztinnen und Ärzten zusammenarbeiten sollen?

20. Welche modellhaften Entwicklungen sind durch die Bundesregierung gefördert worden, welche sollen in Zukunft gefördert werden?
21. Was ist aus der Empfehlung des Sachverständigenrates für Umweltfragen zur Umgestaltung der Rechtsgrundlagen des öffentlichen Gesundheitsdienstes zur besseren Berücksichtigung der Umweltmedizin geworden?
22. Sieht die Bundesregierung die Zusammenhänge zwischen Schadstoffbelastung und Erkrankung genügend in der Aus- und Fortbildung von Ärztinnen und Ärzten und sonstigem Gesundheitspersonal berücksichtigt?
23. Wie hat sich das Fortbildungsangebot in der Umweltmedizin entwickelt?
24. Welche Aktivitäten zur Einbeziehung der staatlichen Gewerbeärztinnen und Gewerbeärzten und anderer arbeitsmedizinischer Einrichtungen zur Aufdeckung und Beseitigung von Umweltbelastungen wurden unternommen?

Bonn, den 7. Oktober 1992

**Klaus Lennartz**  
**Klaus Kirschner**  
**Wolfgang Weiermann**  
**Hans Gottfried Bernrath**  
**Dr. Ulrich Böhme (Unna)**  
**Edelgard Bulmahn**  
**Ursula Burchardt**  
**Marion Caspers-Merk**  
**Dr. Marliese Dobberthien**  
**Monika Ganseforth**  
**Dr. Liesel Hartenstein**  
**Lothar Ibrügger**  
**Susanne Kastner**  
**Siegrun Klemmer**  
**Dr. Hans-Heinrich Knaape**

**Walter Kolbow**  
**Dr. Klaus Kübler**  
**Horst Kubatschka**  
**Ulrike Mehl**  
**Michael Müller (Düsseldorf)**  
**Jutta Müller (Völklingen)**  
**Adolf Ostertag**  
**Dr. Helga Otto**  
**Horst Peter (Kassel)**  
**Dietmar Schütz**  
**Antje-Marie Steen**  
**Reinhard Weis (Stendal)**  
**Dr. Axel Wernitz**  
**Dr. Peter Struck**  
**Hans-Ulrich Klose und Fraktion**





